

Fachinformation Dr. Hans Penner

Internet-Dokumentationen

www.fachinfo.eu

Demokratische Liga

FI-Dokumentationen - www.fachinfo.eu/fi200.pdf - Stand: 29.04.2021

Gegenwärtige Regierungsentscheidungen, welche die Grundrechte tangieren, erfordern Anstrengungen zu Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit Deutschlands. Erforderlich erscheint ein Zusammenschluß der demokratischen Kräfte in Deutschland. Angesichts der Komplexität unserer Gesellschaft sollte versucht werden, einen Grundkonsens einer „Demokratischen Liga“ zu erzielen. Die „Demokratische Liga“ ist nicht als Partei konzipiert, sondern als Diskussionsforum. Der Grundkonsens umfaßt angesichts der gegenwärtigen Situation folgende Ziele:

1. Der souveräne demokratische Rechtsstaat Deutschland muß erhalten bleiben.
2. Die christlich-abendländische Werteordnung muß erhalten bleiben.
3. Die Soziale Marktwirtschaft muß erhalten bleiben.
4. Der Islam gehört nicht zu Deutschland, weil er mit dem Grundgesetz unvereinbar ist.
5. Kohlendioxid-Emissionen stellen keine Gefahr für das Klima dar. (www.fachinfo.eu/fi130.pdf)
6. Deutschland kann nicht auf Nuklearstrom verzichten. (www.fachinfo.eu/fi090.pdf)
7. Der PCR-Test weist keine SARS-CoV2-Infektionen nach. (www.fachinfo.eu/fi303.pdf)

In Klammern Hinweise zu Erläuterungen. Ergänzungen und Verbesserungen sind erwünscht.

Diese Ziele werden von den nachstehen Personen und Zusammenschlüssen unterstützt. Kontakt-Adresse: post@hanspenner.de.

Bauer, Joergen

Farwick, Dieter, Brigadegeneral a. D.

Fasen, Dr. Dieter

Haberkern, Kuno

Haisenko, Peter

Hildebrandt, Klaus

Möres, Dominik Dennis

Möres, Severin

Niehues, Horst

Penner, Dr. Hans, Diplomchemiker

Petrauschke, Karlheinz

Rißler, Dr. Klaus, Diplomchemiker

Schiller, Gerald R. Binnenschiffahrtreeder a.D.

Schmitz, Leonhard, Kfm. Manager und Herausgeber BürgerZeitMagazin

Sodies, Elisabeth

Vetter, Heinrich

Weingart-Möres, Simone

Merkblatt Warnung vor Annalena Baerbock

Stand: 29.04.2021

Es muß aus folgenden Gründen eindringlich davor gewarnt werden, Anna Baerbock das Amt des Bundeskanzlers anzuvertrauen:

1. Baerbock gehört einer Partei an, die den Neomarxismus verkörpert, der mit dem demokratischen Rechtsstaat unvereinbar ist und die geistige Grundlage der Kulturrevolution von 1968 bildete.

www.fachinfo.eu/fi023.pdf

2. Baerbock will die als Staatenbund konzipierte EU in einen Bundesstaat umfunktionieren, der an die ehemalige Union Sozialistischer Sowjetrepubliken erinnert mit kommissarischer Leitung. Ein EU-Bundesstaat würde die Auflösung Deutschlands als souveräner demokratischer Rechtsstaat bedeuten.

https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/analyse-gruene-einwanderungspolitik-baerbock-will-einladende-zuwanderungspolitik-und-hat-wirtschaft-auf-ihrer-seite_id_13235006.html

3. Baerbock ist Mitglied der Community Young Global Leaders des Weltwirtschaftsforums (WEF). Anzunehmen ist, daß sie unter dem Einfluß von Prof. Klaus Schwab steht, dem Initiator des WEF und des Great Reset, der auf eine Verbesserung des Kapitalismus abzielt und eine Weltherrschaft anstrebt.

Wikipedia

<https://www.fachinfo.eu/farwick2021.pdf>

4. Baerbock behauptet, der Islam würde zu Deutschland gehören, obwohl der Islam mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Durch diese Einstellung fördert sie die Islamisierung Deutschlands, desgleichen durch ihre Forderung nach verstärkter Einwanderung.

<https://twitter.com/abaerbock/status/976442098953179136?lang=de>

5. Baerbock unterstützt die falsche Behauptung, Kohlendioxid-Emissionen würden einen schädlichen Einfluß auf das Klima ausüben. Diese Behauptung ist wissenschaftlich nicht begründbar. Sie unterstützt die Ruinierung der Stromerzeugung durch das Verbot wetterunabhängiger Stromerzeugung. Unsere Strompreise sind die höchsten der Welt https://www.deutschlandfunk.de/baerbock-gruene-ueber-klimaneutralitaet-eine-umstellung-des.694.de.html?dram:article_id=496067; <https://annalena-baerbock.de/meine-themen/kohleausstieg/>

Eine wählbare Partei ist die Alternative Für Deutschland (AfD), die sich engagiert für die Erhaltung eines souveränen demokratischen Rechtsstaates einsetzt mit der bewährten Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft. Siehe Grundstzprogramm der AfD.